

Öffentliche Auftraggeber:

Die Zahlungsmoral s(t)inkt

Die Bauwirtschaft kommt auch 1999 nicht aus dem Keller. Einer jüngsten Prognose des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie zufolge droht in diesem Jahr ein Verlust von 50 000 Arbeitsplätzen. Neben der bekannten und beklagten Konjunkturbremse „Kostenbelastungen“ macht die zunehmend schlechte Zahlungsmoral den klein- und mittelständischen Unternehmen zu schaffen. Und wieder einmal gehen die Öffentlichen Auftraggeber mit schlechtem Beispiel voran.

Nach einer Umfrage des Betriebswirtschaftlichen Instituts der Bauindustrie (BWI-Bau) sind die Öffentlichen Auftraggeber die mit Abstand schlechtesten Zahler: Bis zur Bezahlung der Abschlagrechnungen, die nach VOB/B innerhalb von 18 Werktagen zu begleichen sind, vergehen durchschnittlich bei Bund und Ländern 30 Tage, bei Kommunen 28 Tage. Die privaten Auftraggeber lagen dagegen mit 22 bis 25 Tagen deutlich darunter. Noch dramatischer ist die Situation bei den Schlußrechnungen, die gemäß VOB spätestens innerhalb von zwei Monaten zu begleichen sind. Hier überweisen Bund und Länder im Durchschnitt erst nach 109 Tagen, die Kommunen nach 73 Tagen. Die privaten Auftraggeber hingegen bezahlten ihre Rechnungen relativ pünktlich, nämlich nach 45 bis 55 Tagen.

Wieviel Betriebe wegen verspäteter oder ausbleibender Zahlungen selbst in Zahlungsschwierigkeiten geraten, ist unklar. Statistiken hierzu gibt es nicht. Eine EU-Untersuchung, die auf Schätzungen beruht, offenbart allerdings das ganze volkswirtschaftliche Dilemma. Demnach geht europaweit einer von vier Betrieben pleite, weil die Kunden sich vor den Rechnungen drücken. Besonders prekär wird die Lage dann, wenn sich die Öffentliche Hand an diesem „miesen Spiel“ beteiligt. Während einerseits bei Privatkunden mit Mahnungen, Zahlungsaufforderungen, Anwälten und Inkasso-Unternehmen den be-

rechtigten Anliegen Nachdruck verliehen wird, trauen sich viele Handwerker und mittelständische Unternehmen nicht, ihre Forderungen bei Bund, Land und Kommunen einzuklagen. Hierbei spielt u. a. die Angst, Anschlußaufträge aufs Spiel zu set-

zen, eine große Rolle. Die Behörden nutzen diesen Spielraum aus, und dies – wie die Erfahrungswerte verschiedener Fachverbände zeigen – immer schamloser.

Angesichts der eingangs beschriebenen düsteren Prognosen für die Bauwirtschaft und damit auch für die angeschlossenen Handwerke in diesem Jahr, muß die Frage erlaubt sein, warum sich Bund, Länder und Gemeinden arbeitsmarkt- und konjunkturpolitisch das Leben selbst unnötig schwer machen, indem sie kleine und mittlere Unternehmen in Liquiditätsschwierigkeiten bringen. Da die Appelle der einschlägigen Verbände in der Vergangenheit

wenig gefruchtet haben, bleibt die Hoffnung auf Einsicht und Einhaltung der VOB-Vorschrift: Schnelle Abschlag- und Schlußzahlungen sind schließlich auch ein Konjunkturprogramm, und wer Arbeitslosigkeit abbauen schaffen will, muß damit anfangen, bestehende Arbeitsplätze zu retten.

Ihr



Hilmar Düppel
Chefredakteur

